

Bei den Öffentlich-Rechtlichen sind politische Tricks und peinliche Pannen an der Tagesordnung

Wieder ein Skandal bei den Öffentlich-Rechtlichen: Eine WDR-Mitarbeiterin wird in einem Tagesschau-Beitrag als Kundin dargestellt. Ein Einzelfall ist das nicht: Peinliche Tricks und Pannen häufen sich bei ARD und ZDF.

Eine Mitarbeiterin des Westdeutschen Rundfunks (WDR) taucht in einem Tagesschau-Beitrag als vermeintliche Kundin auf. Und sie sagt genau das, was im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) so gerne gesendet wird: dass wir alle für den Klimawandel mehr Geld ausgeben sollen und müssen.

Nun war es sicherlich ein peinlicher Einzelfall, eine WDR-Mitarbeiterin als Kundin zu präsentieren. Allerdings häufen sich in der ARD wie beim ZDF die Fälle, in denen sich „zufällig“ interviewte Passanten als Parteimitglieder entpuppen.

Kürzlich befragte der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) Demonstranten, die die geplante Ausweiskontrolle in Berliner Bädern als schikanös ablehnen. Was der Zuschauer nicht erfuhr: Einer arbeitet bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), eine schreibt für die Böll-Stiftung (Grüne). „Volkes Stimme“ war das zweifellos nicht.

Politiker als „Passanten“

Man könnte fast den Eindruck gewinnen, falls irgendwo ein Team des ÖRR auftaucht, zieht das automatisch politische Aktivisten von links der Mitte an. Das führt dann zu einer seltsamen Berichterstattung. So forderte vor zwei Jahren ein scheinbar zufällig ausgewählter Berliner Radfahrer im RBB weitere Pop-up-Radwege. Wie sich später herausstellte, war er ein grünes Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Dasselbe in Grün ereignete es sich vor den Berliner Wahlen im Februar dieses Jahres gleich zwei Mal. Im ZDF äußerte sich eine Frau ganz begeistert über die grüne Verkehrspolitik in der Hauptstadt. Es war eine Grünen-Kommunalpolitikerin aus Rostock. Kurz darauf zeigte das ZDF eine Berlinerin, die von der umstrittenen Sperrung der Friedrichstraße ganz be-

geistert war. Kein Wunder: Es handelte sich um eine Landtagskandidatin der Grünen.

Straßenumfragen laden zur Manipulation ein

Ohnehin sind Straßenumfragen alles andere als repräsentativ. Der Journalist und Medienexperte Hans-Peter Siebenhaar nennt sie eine „mediale Simulation von Meinungspluralität“. Als journalistisches Instrument in der Fernsehberichterstattung taugten sie nicht wirklich. Siebenhaar: „Denn sie können durch die intransparente Auswahl der Gesprächspartner jederzeit manipuliert werden.“

Dass Meinungspluralität eher vorge-täuscht als widergespiegelt wird, ist offenkundig. Solche Fälle kommen häufig vor, scheinbar häufiger als früher. Wobei gar nicht sicher ist, ob tatsächlich mehr politische Aktivisten als einfache Bürger auftreten, oder ob nur mehr solcher „Fake-Auftritte“ bekannt werden. Schließlich ist der Gebührenzahler nicht mehr so wehrlos wie früher. Wem etwas auffällt, der kann das in den sogenannten sozialen Netzwerken posten.

Ein Blog sorgt für mehr Transparenz

So meldet der #OERR-Blog ständig Vorfälle dieser Art. Der Blog stellt sich seinen gut 40.000 Followern auf Twitter so vor: „Kritischer Beobachter des deutschen Öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Für eine Verkleinerung und Kostenreduzierung“. Betrieben wird er von einem Lokalpolitiker der CSU.

Dass da Ungereimtheiten der ÖRR-Anstalten zu Lasten der Union eifrig aufgefingert werden, ist keine Überraschung. Umgekehrt gibt es keinen Blog, der aufspießen würde, wenn die CDU, CSU oder FDP von einem Sender besonders gut behandelt werden. Das wäre kein abendfüllendes Unterfangen.

Experten haben scheinbar kein Parteibuch

Bei Interviews mit dem „Mann auf der Straße“ kommen bisweilen Politiker zu Wort, ohne als solche erkennbar zu sein. Ein ähnliches Verfahren praktizieren die öffentlich-rechtlichen Anstalten bei ihren Interviewpartnern. Diese werden bevorzugt als Experten präsentiert, ohne die Zuschauer über deren parteipolitische Verbindung zu informieren.

Allerdings gilt das nicht für alle Experten. Wird beispielsweise der Zeitgeschichtler Professor Andreas Rödder befragt, fehlt nie der Hinweis, dass es sich um ein CDU-Mitglied handelt. Das ist auch journalistisch völlig korrekt. Das gleiche gilt für die stets vorgenommene Einordnung des Instituts der deutschen Wirtschaft als „arbeitgebernah“. Dagegen fehlt beim DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) eine vergleichbare Klassifizierung. Dabei ist DIW-Chef Professor Marcel Fratzscher der SPD eng verbunden und hat einige Zeit SPD-Chef Sigmar Gabriel beraten.

Eine stattliche Riege von SPD-Professoren

Apropos Professoren: Die renommierten Politikwissenschaftler Frank Decker (Bonn), Wolfgang Merkel (Berlin) und Wolfgang Schröder (Kassel) sind bei ARD, ZDF und Phoenix besonders gefragte Gesprächspartner. Alle drei sind Mitglieder der SPD-Grundwertekommission und damit den Sozialdemokraten weitaus enger verbunden als nur durch eine zu vermutende entsprechende Stimmabgabe.

Schröder ist sogar stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission. Zudem war er von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium der rot-roten Regierung Brandenburgs. Wenn er und seine Kollegen im